6./9. 1914.

Das österreichische Moratorium.

Weitere Ausnahmen von der Stundung.

Die heutige „Wiener Zeitung“ meldet: Die Schwierigkeiten, die zu Beginn der kriegerischen Ereignisse die Erlassung eines allgemeinen Moratoriums nötig machten, haben während der letzten Wochen in verschiedener Richtung eine Abschwächung erfahren. Das wirtschaftliche Leben und der Verkehr versuchen, allmählich wieder in die alte Ordnung zurückzufinden. Es scheint daher am Platze, in der stufenweisen Abschwächung der allgemeinen Stundungsanordnung weiter fortzuschreiten, wie dies schon von vornherein durch die der Regierung erteilte Ermächtigung, die Ausnahmen von der Stundung zu erweitern, vorgeesehen war.

Eine in der heutigen Ausgabe des Reichsgesetzblattes und der „Wiener Zeitung“ zur Verlautbarung gelangende Verordnung des Justizministers trägt diesen Erwägungen Rechnung. Die Einschränkungen, welche die Stundung privatrechtlicher Geldforderungen auf Grund der neuen Ministerialverordnung erfahren, sind, soweit sie nicht geradezu durch die Sachlage geboten sind, durch Zweckmäßigkeitgründe nahegelegt.

Der Zinsendienst der Pfandbriefanstalten und Emissionsbanken.

Nach § 2, 3, 7, der kaiserlichen Verordnung über die Stundung privatrechtlicher Geldforderungen sind Pfandbriefanstalten und Emissionsbanken zur Verzinsung und Tilgung der von ihnen ausgegebenen Pfandbriefe und sonstigen mündelsicheren Bankschuldverschreibungen verpflichtet. Zur Erfüllung dieser Obliegenheit müssen den genannten Anstalten auch die nötigen Mittel zur Verfügung gestellt werden, weshalb deren Ansprüche auf Zahlung der Zinsen und Annuitäten von Forderungen, die in vorzugsweiser Deckung von Pfandbriefen und mündelsicheren fundierten Bankschuldverschreibungen dienen, von der Stundung ausgenommen wurden.

Die Hypothekarforderungen der Sparkassen.

Weiter wurde die Verpflichtung zur Zahlung der Zinsen und Annuitäten auch für Hypothekarforderungen der Sparkassen festgesetzt. Bisher bestand eine solche Pflicht nur für Forderungen, die auf vermieteten oder verpachteten Liegenschaften sichergestellt sind, und überdies nur, soweit nicht der Schuldner nachweisen kann, daß die Einkünfte an Miet- und Pachtzinsen

nach Abzug der öffentlichen Abgaben unzureichend sind, um jene Verbindlichkeiten zu decken. Bei dieser engen Vorschrift stehen zu bleiben, scheint nicht angebracht: Auch Schuldner, die ihre Häuser nicht mietet haben oder die ihren landwirtschaftlichen Besitz selbst bewirtschaften, sind in der Lage, der Pflicht zur Verzinsung und Tilgung ihrer Hypothekarschulden nachzukommen. Namentlich muß dies von Landwirten gelten, die ihre diesjährige gute Ernte zu ungewöhnlich hohen Preisen zu verwerten in der Lage sind und in den Besitz ausreichender Vorräte gelangen können. War demnach im allgemeinen die Möglichkeit zur Erfüllung der bezeichneten Verpflichtungen anzunehmen, so sprach noch besonders für die Auscheidung aus der Stundung, daß die Mittel, die derart den Sparkassen zufließen, wieder, sei es im Wege der Rückzahlung von Einlagen, sei es durch neue Kreditgewährung, dem Verkehre zufließen und diesen beleben.

Damit die Hypothekarschuldner von dem Wiederaufleben der Zahlungspflicht nicht überrascht werden, wurde der Beginn der Wirksamkeit der neuen Vorschrift auf den 16. d. hinausgeschoben. Weiter wurde zum Schutze der Schuldner vorgeesehen, daß das etwa dem Gläubiger vertragsmäßig zustehende Recht, bei nicht rechtzeitiger Zahlung von Zinsen und Annuitäten das Kapital zu kündigen oder ohne Kündigung zurückzufordern, nicht geltend gemacht werden kann, wenn der Schuldner nur mit Zinsen und Annuitäten im Rückstand ist, die vor dem 30. d. fällig geworden sind oder fällig werden.

Die Forderungen gegen Gemeinden und andre öffentliche Körperschaften.

Gleichwie die Zinsen und Annuitäten von Hypothekarforderungen der Sparkassen wurden auch die Zinsen und Annuitäten von Forderungen der Sparkassen gegen Gemeinden und andre öffentliche Körperschaften von der Stundung ausgenommen, weil deren Einkünfte, insbesondere die Umlagen, von der Stundung nicht betroffen wurden.

Die Rückzahlungen auf laufende Rechnung.

Die Vorschriften über die Rückzahlung von Guthaben in laufender Rechnung sind durch die Bestimmung ergänzt worden, daß Abhebungen ohne Beschränkung auf einen bestimmten Betrag zulässig sind, soweit sie zur Berichtigung nicht gestundeter Zinsen und Annuitäten oder zur Erfüllung der Verbindlichkeiten erforderlich sind, die einer Pfandbriefanstalt oder sonstigen Emissionsbank aus der Verzinsung und Tilgung ihrer Pfandbriefe und mündelsicheren Bankschuldverschreibungen erwachsen.

Die Abhebungen für die Entrichtung öffentlicher Abgaben.

Entsprechend der von der Stundung nicht berührten Pflicht zur Entrichtung der Steuern und öffentlichen Abgaben wurde ausgesprochen, daß zur Erfüllung dieser Pflicht aus Einlagen gegen Einlagebuch, die bei Banken oder Sparkassen vor dem 1. August 1914 gemacht wurden und am 16. d. noch den Betrag von 2000 K. übersteigen, auf Verlangen des Gläubigers zwanzig Prozent der restlichen Einlage durch Ueberweisung oder Uebermittlung an die mit der Einhebung betraute Kasse flüssig zu machen sind.

Die Beiträge zur Kranken- und Pensionsversicherung.

Da die Forderungen der Vereinskrankenkassen und Ersahinstitute auf Zahlung von Beiträgen zur Kranken- und Pensionsversicherung bisher als privatrechtliche Geldforderungen der Stundung unterlagen, die Versicherungsleistungen dieser Anstalten aber ebenso sichergestellt sein müssen wie die der sonstigen Krankenkassen und der Pensionsanstalt, wurden die genannten Forderungen im § 2 der Verordnung ausdrücklich von der Stundung ausgenommen.

Die Forderungen für Waren.

Der § 1 der Verordnung verfolgt lediglich den Zweck, die Bestimmung der Ministerialverordnung vom 25. August 1914, RGBl Nr. 223, womit Geldforderungen für ver-

kaufte Sachen und gelieferte Waren auf Grund eines vor dem 1. August abgeschlossenen, aber später erfüllten Vertrages von der Stundung ausgenommen wurden, in den Text der allgemeinen Stundungsanordnung einzufügen, damit diese Verordnung im Interesse der Uebersichtlichkeit der geltenden Vorschriften gleichzeitig außer Kraft gesetzt werden kann.